

Bürgerallianz droht mit Klagen gegen Straßenausbaugebühr

Wenn Beiträge für Straßenausbau fällig werden, müssen die Thüringer mitunter tief in die Tasche greifen. Nun droht dem Land juristischer Ärger.

Pößneck - Die unliebsamen Beiträge für den Straßenausbau in Thüringen könnten ein Fall für die Gerichte werden - trotz der von Rot-Rot-Grün vereinbarten Änderungen. Die Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben wolle am Klageweg festhalten, sagte deren Vorsitzender Wolfgang Kleindienst. «Wir werden unseren Mitgliedern empfehlen, Widerspruch gegen Bescheide einzulegen und zu klagen.» Denn Kommunen sei es weiterhin möglich, ihre Einwohner rückwirkend bis 1991 für den Ausbau von Straßen zur Kasse zu bitten. «Das ist verfassungswidrig», sagte er.

Laut Kleindienst hält die Allianz an ihrer Forderung nach Abschaffung der Beiträge fest. Sollte dies in dieser Legislaturperiode nicht möglich sein, müssten sie wenigstens rückwirkend auf vier Jahre begrenzt werden. «Das alles hat die nun getroffene Vereinbarung nicht zum Inhalt», stellte Kleindienst fest. Der Kompromiss von Rot-Rot-Grün sieht vor, dass die Kommunen ab 2019 darauf verzichten können, die Beiträge zu erheben. In den nächsten zwei Jahren haben sie einen Ermessensspielraum bei der Höhe.

Gemeinden und Städte müssen ihre Einwohner nach geltender Rechtslage für den Ausbau von Straßen zur Kasse bitten, der seit 1991 ausgeführt wurde. Rot-Rot-Grün wollte zunächst eine Stichtagsregelung einführen und zuletzt dafür sorgen, dass nur noch bis 2006 gezahlt werden muss. Wegen verfassungsrechtlicher Bedenken wurde davon Abstand genommen. Ab 2022 werde die Frist ohnehin auf zwölf Jahre begrenzt, erklärte Kleindienst. Diese Vereinbarung sei noch unter der ehemaligen CDU-Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht getroffen worden.

Nach Ansicht der Bürgerallianz haben Einwohner keinen «besonderen Vorteil», wenn vor ihrer Haustür Straßen auf Vordermann gebracht wurden. Diesen hätten sie nur dann, wenn eine Straße neu gebaut werde, erläuterte Kleindienst. Der Passus «besonderer Vorteil» ist in vielen Satzungen verankert, die Kommunen heranziehen, um ihre Gebühren-Forderung zu begründen. «Worin soll der Vorteil bestehen, wenn es schon eine Straße gibt?», fragte Kleindienst.

Die Bürgerallianz will nun auf Kommunalebene Bürgerbegehren prüfen. Unterstützer dürften sie finden, denn viele Thüringer klagen über die Höhe der Abgaben. Nach Angaben des Linke-Kommunalexpernten Frank Kuschel muss der Eigentümer eines zweigeschossigen Hauses auf einem 1000-Quadratmeter-Grundstück an einer Hauptverkehrsstraße bis zu 4500 Euro zahlen. Liege das Haus an einer Nebenstraße, seien sogar mehr als 10 000 Euro fällig.

Nach Angaben Kuschels nehmen die Kommunen so bis zu 15 Millionen Euro pro Jahr ein. Die Linke wollte die Abgabe ursprünglich ganz abschaffen, konnte sich aber in der Koalition nicht durchsetzen. «Nicht alle sind von dem Kompromiss begeistert. Es gibt auch böse Mails und Anrufe», berichtete Kuschel. Die nun getroffene Regelung betreffe Menschen, die erst noch zahlen müssten und nicht die, die schon Beiträge gezahlt hätten. In der Regel würden Straßen alle 20 bis 25 Jahren grundhaft ausgebessert.

Laut Kleindienst soll nun Druck auf die jeweiligen Kommunen gemacht werden, damit sie auf die Abgabe verzichten. «Die Kommunalwahlen 2019 werden mehr als spannend», kündigte er an. Die Bürgerinitiative wolle eigene Anhänger zu Kandidaturen ermuntern, damit sie sich in den Gemeindeparlamenten für eine Abschaffung stark machen, erklärte der Vorsitzende. Die Allianz erreiche über Mitglieder, Sympathisanten und Kooperation mit dem Verband Deutscher Grundstücksnutzer bis zu 70 000 Thüringer.

«Mit der neuen Regelung können Stadt- und Gemeinderäte nicht mehr auf Erfurt zeigen», sagte Kleindienst mit Blick auf die Freiheit der Kommunen, an der Abgabe festzuhalten oder nicht. Damit werde die Demokratie auf kommunaler Ebene gestärkt. Um den Druck auf die Kommunalpolitik zu erhöhen, solle 2019 eine Wahlempfehlung zur Kommunalwahl ausgesprochen werden.